

Bericht

des Ausschusses für Frauenangelegenheiten betreffend

gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleisten

[L-2020-72916/2-XXVIII,
miterledigt [Beilage 1323/2020](#)]

Statistisch gesehen weisen Frauen eine höhere Lebenserwartung auf und sind oftmals von mehreren chronischen Erkrankungen gleichzeitig betroffen. Frauen sind zudem stärker gefährdet, ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu verlieren und somit öfters als Männer auf ambulante und stationäre Hilfe angewiesen. Durch diese Herausforderungen können die gesundheitlichen Aspekte oder Befindlichkeiten älterer Frauen also nicht isoliert betrachtet werden, sondern Gesundheitsangebote in medizinischer sowie pflegerischer Hinsicht sind erforderlich, um den Bedarfslagen und Bedürfnisse älterer Frauen gerecht zu werden.

Auf Bundesebene wurde mit dem Aktionsplan Frauengesundheit ein Projekt geschaffen, das die Gesundheit von Frauen in den Mittelpunkt rückt. In diesem Aktionsplan sind Wirkungsziele und konkrete Maßnahmen enthalten, um unser Gesundheitssystem nachhaltig auf das Thema Frauengesundheit aufmerksam zu machen und Förderungen für entsprechende Angebote bereitzustellen. Wesentlich ist insbesondere das Brustkrebs-Früherkennungsprogramm. Alle Frauen zwischen 45 und 69 Jahren erhalten alle zwei Jahre die Einladung eine Mammographie durchführen zu lassen. Diese ist kostenlos und kann freiwillig in Anspruch genommen werden. Des Weiteren sollen auch Vorbeugungsmaßnahmen in jungen Jahren beachtet werden. Beispielsweise senkt eine HPV-Impfung das Risiko später an Gebärmutterhalskrebs zu erkranken.

Mit einer Evaluierung der bereits umgesetzten Maßnahmen aus dem Aktionsplan Frauengesundheit können diese adaptiert, verbessert und auch neue Angebote im Präventionsbereich geschaffen werden. Außerdem soll darauf geachtet werden, dass das Programm unter Einbeziehung der Länder weiterentwickelt wird. Die unterzeichneten Abgeordneten ersuchen die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für die Forcierung bzw. Weiterentwicklung der Maßnahmen im „Aktionsplan Frauengesundheit“ einzusetzen, damit eine gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleistet werden kann.

Der Ausschuss für Frauenangelegenheiten beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Maßnahmen im „Aktionsplan Frauengesundheit“ forciert bzw. weiterentwickelt werden, damit eine gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleistet werden kann.

Linz, am 7. Mai 2020

Sabine Promberger
Obfrau

Mag. Dr. Elisabeth Kölblinger
Berichterstatteerin